

Karin Heitzmann

Ist Armut weiblich?

Ursachen von und Wege aus der Frauenarmut in Österreich

Es gibt in Österreich 143.000 mehr Frauen, die armutsgefährdet sind, als Männer.

Nach einer aktuellen Publikation der Statistik Austria waren im Jahr 2003 14,2 Prozent aller Frauen (das inkludiert auch Mädchen) und 11,3 Prozent aller Männer (das inkludiert auch Buben) in Österreich armutsgefährdet.¹ In Absolutzahlen bedeutet dies, dass 586.000 Frauen und 443.000 Männer mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze ihr Auskommen finden mussten. Frauen sind allerdings nicht nur häufiger von Armut betroffen als Männer, sie tendieren auch dazu, länger in Situationen der Einkommensarmut zu verbleiben. Die empirische Datenlage deutet also darauf hin, dass Armut weiblich ist. Dieser Beitrag setzt sich zum Ziel, Ursachen der Frauenarmut aufzuzeigen und Wege aus ihr zu skizzieren. Dazu wird in einem ersten Teil zunächst dargelegt, wie Armut gemessen wird. Im zweiten Teil werden Ursachen für die höhere Armutsquote von Frauen analysiert. Der dritte Teil zeigt schließlich zwei Wege aus der Frauenarmut auf.

Frauen häufiger und länger von Armut betroffen

Die Messung von Einkommensarmut

Die zu Beginn des Beitrags angeführten Daten weisen darauf hin, dass Einkommensarmut ein Frauenproblem ist. Woran liegt das? Kann es damit zu tun haben, wie Armut gemessen wird? Dies soll in den folgenden Absätzen kurz untersucht werden. Die publizierten Angaben zur Armutsgefährdung in Österreich basieren auf einer in Europa einheitlich angewandten Messmethodik.² Bestimmender Indikator zur Messung von Armutsgefährdung ist das verfügbare Einkommen. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge werden von den Erwerbseinkommen abgezogen, staatliche oder private Transferleistungen (wie z.B. Alimente) werden hinzugerechnet. Da etliche Menschen in Österreich kein eigenes Einkommen beziehen (z.B. Kinder), wird Armutsgefährdung nicht auf Basis von individuellem Einkommen, sondern von Haushaltseinkommen berechnet. Zu einem Haushalt (→ Privathaushalt) gehören alle Personen, die eine gemeinsame Wohnadresse aufweisen. Dabei kann es sich um eine Familie handeln, um eine erweiterte Familie (z.B. inklusive Großeltern), aber auch um Personen, die nicht in einem verwandtschaftlichen Verhältnis zueinander stehen, wie z.B. Wohngemeinschaften.

Wie wird Armut gemessen?

Indikator Einkommen

Wenn Armut auf Haushaltsebene gemessen wird, ergibt sich ein konkretes Problem. Wie vergleicht man den Lebensstandard von Haushalten unterschiedlicher Größe miteinander? Mit anderen Worten: Über wie viel Einkommen muss beispielsweise ein Vierpersonenhaushalt verfügen, um denselben Lebensstandard zu erreichen wie ein Einpersonenhaushalt? Zum einen wird ein Vierpersonenhaushalt mehr Einkommen als ein Einpersonenhaushalt benötigen, zum anderen muss dies aber nicht das Vierfache sein. Denn durch

Wie kann Lebensstandard verglichen werden?

Äquivalenzskalen	<p>das Zusammenleben mehrerer Personen kommt es zu Einsparungen. So reduziert sich die Miete pro Kopf, auch die Heizkosten betragen nicht das Vierfache eines Einpersonenhaushaltes etc. Gelöst wird die Problematik unterschiedlicher Haushaltsgrößen in der Armutsmessung durch Äquivalenzskalen. Diese Skalen, von denen viele verschiedene in der Armutsforschung angewandt werden³, gewichten die Mitglieder eines Haushaltes unterschiedlich. Innerhalb der Europäischen Union wird seit geraumer Zeit die so genannte EU-Skala (auch als modifizierte OECD-Skala bekannt) verwendet. Nach dieser wird der/die erste Erwachsene in einem Haushalt mit dem Faktor 1 gewichtet. Der/die zweite und jede/r weitere Erwachsene wird mit dem Faktor 0,5 gewichtet, jedes Kind (dazu zählt jede Person unter 14 Jahren) mit dem Faktor 0,3. Damit bedeuten 1.000 Euro in einem Einpersonenhaushalt (Gewichtungsfaktor: 1) denselben Lebensstandard wie 1.500 Euro in einem Haushalt mit 2 Erwachsenen (Gewichtungsfaktor für den Haushalt: 1 + 0,5) oder 1.800 Euro in einem Haushalt, in dem zwei Erwachsene und ein Kind leben (Gewichtungsfaktor: 1 + 0,5 + 0,3).</p>
Verteilung des Haushaltseinkommens	<p>Ein zweites Problem, das sich auf Grund der Tatsache ergibt, dass Armut auf Haushaltsebene gemessen wird, ist mit der Frage verbunden, wie das Haushaltseinkommen zwischen den Haushaltsmitgliedern aufgeteilt wird. In der herkömmlichen Armutsforschung wird Gleichverteilung unterstellt. Technisch wird dies durch die Berechnung von Pro-Kopf-Einkommen bewerkstelligt. Dies soll wieder anhand eines Beispiels illustriert werden: 2.100 Euro Einkommen in einem Haushalt, der aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern besteht (Gewichtungsfaktor: 1 + 0,5 + 0,3 + 0,3 = 2,1), bedeuten ein Pro-Kopf-Äquivalenzeinkommen ($2.100 : 2,1$) von 1.000 Euro. Bei diesem Pro-Kopf-Einkommen handelt es sich – wie das Beispiel deutlich macht – nicht um einen tatsächlich in dieser Höhe verfügbaren Geldbetrag, sondern um ein mit Hilfe von Äquivalenzskalen ermitteltes fiktives Einkommen pro Haushaltsmitglied.</p>
Fiktive Einkommen	
Armutgefährdungsgrenze	<p>Auf Basis dieser fiktiven Pro-Kopf-Einkommen wird auch die Armutgefährdungsgrenze berechnet. Dazu wird das mittlere Einkommen ermittelt, bei dem die Hälfte der ÖsterreicherInnen über weniger Geld verfügt, die andere Hälfte über mehr. Wenn eine Person nicht einmal 60 Prozent des mittleren Einkommens hat, dann gilt sie als armutsgefährdet. In Österreich betrug im Jahr 2003 das mittlere Pro-Kopf-Einkommen 16.969 Euro. 60 Prozent dieses Betrages ergeben den Wert von 10.182 Euro. Wenn dieser Wert durch 12 dividiert wird, ergibt sich eine monatliche Armutsschwelle von 848 Euro für einen Einpersonenhaushalt. Für einen Mehrpersonenhaushalt muss diese Armutsschwelle wieder unter Zuhilfenahme von Äquivalenzskalen angepasst werden. Die Armutsschwelle für einen Zweipersonenhaushalt beträgt daher beispielsweise 1.272 Euro ($848 + 0,5 \times 848$).</p>
848 Euro pro Kopf	
Ressourcen zu Ungunsten der Frau verteilt	<p>Welches Fazit kann aus dieser Art der Armutsmessung aus feministischer Sicht gezogen werden? Wie erwähnt ist die Bezugsgröße bei der Armutsmessung nicht das Individuum, sondern der → Haushalt. Vor allem die Annahme der Gleichverteilung der Einkommen innerhalb eines Haushaltes impliziert, dass entweder alle Haushaltsmitglieder armutsgefährdet sind oder keines. Es gibt allerdings einige Hinweise darauf, dass Ressourcen innerhalb von Haushalten zu Ungunsten von Frauen und Mädchen verteilt werden.⁴ Wenn dies zutrifft, dann würde die herkömmliche Art der Armutsmessung sogar noch zu einer Unterschätzung der Frauen- und Mädchenarmut führen!</p>
Armut – auch in der EU weiblich	<p>Trotz der methodischen Schwächen der Armutsmessung – und der damit verbundenen Möglichkeit einer Unterschätzung der Frauenarmut – deutet die empirische Datenlage darauf hin, dass Armut weiblich ist. Dies gilt nicht nur für Österreich, sondern für den Großteil der EU-Mitgliedstaaten.⁵ Warum finden sich Frauen häufiger in Situationen der Einkommensarmut wieder? Dies soll im folgenden Kapitel näher erläutert werden.</p>

Ursachen von Frauenarmut

Prinzipiell gibt es drei Bereiche, in denen Einkommen generiert werden kann: über die Beteiligung am Erwerbsarbeitsmarkt, über die soziale Sicherung und schließlich über private Transferleistungen.

Einkommen durch Erwerbsarbeit

Im Hinblick auf die Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt unterscheiden sich Männer deutlich von Frauen. Im Jahr 2005 betrug die → Erwerbsquote von Frauen in Österreich

EINKOMMENSCHERE 2005			
	Durchschnittslohn in Euro brutto pro Monat		Differenz in Prozent
	Männer	Frauen	
OÖ	2.066	1.277	38,2
Vbg	2.176	1.372	36,9
Stmk	1.985	1.259	36,6
NÖ	1.932	1.275	34,0
Sbg	1.978	1.313	33,6
Tirol	1.940	1.290	33,5
Ktn	1.930	1.285	33,4
ÖST	2.009	1.348	32,9
Bgld	1.739	1.170	32,7
Wien	2.000	1.553	22,4

Quelle: APA/AK

62 Prozent, die Erwerbsquote von Männern hingegen 75 Prozent. Aber auch wenn Frauen im Erwerbsarbeitsmarkt tätig sind, sind sie viel häufiger in → atypischen Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen als Männer. So waren im Dezember 2003 etwa 37 Prozent aller beschäftigten Frauen teilzeitbeschäftigt. Dies traf nur auf 4 Prozent der beschäftigten Männer zu. Trotz der geringeren Erwerbsquoten von Frauen sind sie auch einem etwas höheren Risiko ausgesetzt arbeitslos zu werden. Im Jahr 2005 waren 6 Prozent der Frauen und 5 Prozent der Männer arbeitslos. Dies ist nicht zuletzt auch ein Hinweis darauf, dass Frauen in Zeiten eines enger werdenden Arbeitsmarktes oft vor ihren männlichen Kollegen gekündigt werden.⁶

Aber selbst wenn Frauen innerhalb des Erwerbsarbeitsmarktes verankert sind, liegt ihre Bezahlung oft deutlich unter jener ihrer männlichen Kollegen. So verdienten in Österreich im Jahr 2004 Frauen pro Stunde brutto um 18 Prozent weniger als Männer. Im Schnitt der EU-25 waren es 15 Prozent. Studien belegen, dass zwei Drittel bis

vier Fünftel dieser Differenz nicht durch Unterschiede in der Tätigkeit oder der Ausbildung erklärt werden können⁷: Frauen werden im Hinblick auf die Bezahlung daher schlicht diskriminiert. Die Arbeitszeit von Frauen ist (in Geld gemessen) offenbar weniger wert als die Arbeitszeit von Männern. So müssten Frauen etwa 48 Stunden im Erwerbsarbeitsmarkt tätig sein, um dasselbe Lohnniveau zu erreichen, das Männern nach 40 Stunden zusteht. Berücksichtigt man darüber hinaus noch die unbezahlte Arbeit (und es sind die Frauen, die einen Großteil der privaten Haushalts- und Betreuungsarbeit übernehmen), wird die weibliche Arbeitskraft noch einmal deutlich weniger wert.

Einkommen durch soziale Sicherungsleistung

Die soziale Sicherung ist der zweite Bereich, aus dem Frauen und Männer Ressourcen erhalten können. Österreich hat einen sozialversicherungsdominierten Wohlfahrtsstaat:⁸ Sozialleistungen sind zu einem großen Teil von der Höhe des Erwerbseinkommens und der Dauer der Erwerbstätigkeit abhängig. Der enge Konnex zwischen Erwerbsarbeitsmarkt-beteiligung und Sozialleistung zeigt sich z.B. in der Höhe des Arbeitslosengeldes oder der Alterspension. Eine möglichst ununterbrochene, vollzeitbeschäftigte und gut bezahlte Erwerbsarbeit wird durch hohe Sozialleistungen belohnt. Frauen, vor allem wenn sie unbezahlte Haus- und Pflegearbeiten übernehmen müssen, sind nur teilweise – und zu geringeren Löhnen – in den Arbeitsmarkt integriert. Geringere Sozialversicherungsleistungen sind eine Konsequenz daraus.

Geringere Erwerbsquote

Teilzeitbeschäftigung

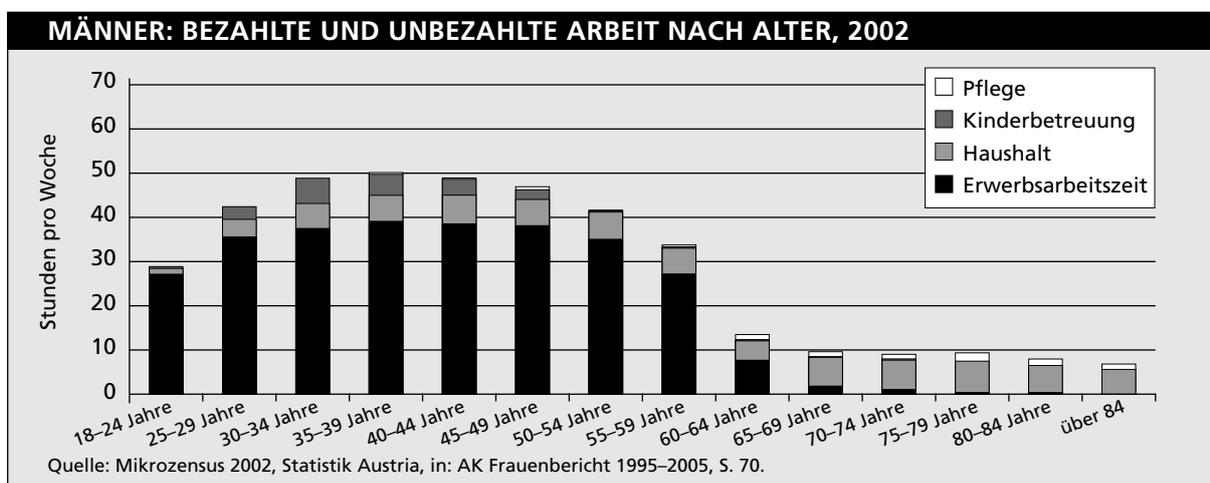
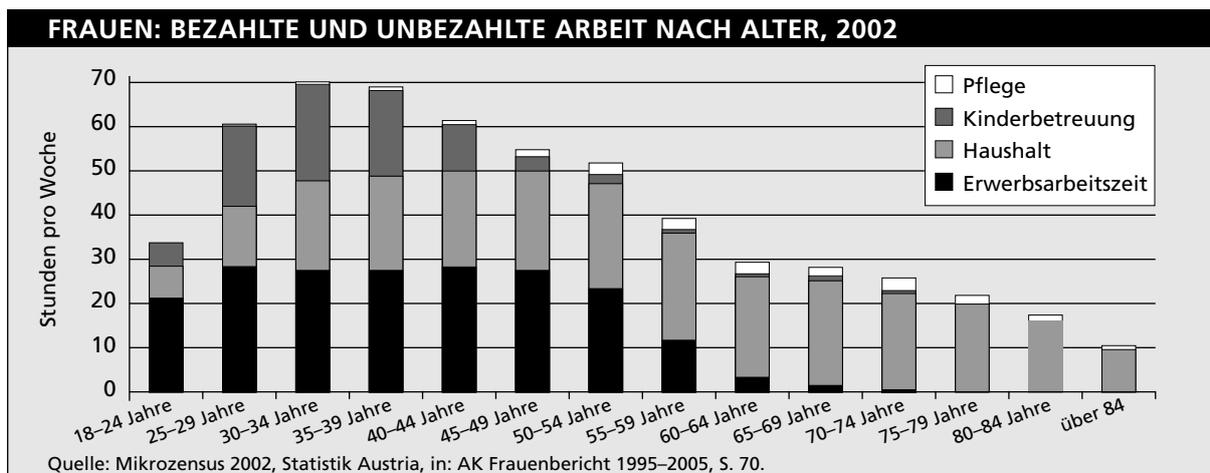
Arbeitslosigkeit

18 Prozent weniger Verdienst

Arbeitszeit ist weniger wert

Sozialleistungen von Erwerbstätigkeit abhängig

Haus- und Pflegearbeit unbelohnt



Abhängig vom Partner

Dazu kommt, dass etliche Leistungen der sozialen Sicherung vom Familien- bzw. Partnereinkommen abhängig sind. So gebührt etwa eine → Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung oder eine → Notstandshilfe in der Arbeitslosenversicherung nur dann, wenn nicht das individuelle, sondern das Haushaltseinkommen gering ist. Daher haben beispielsweise Frauen mit geringen Eigenpensionen auf Grund eines höheren Partnereinkommens häufig keinen Anspruch auf die Ausgleichszulage. Sie verbleiben in ökonomischer Abhängigkeit von ihrem Partner.

Vom Einkommen unabhängig

Der österreichische Wohlfahrtsstaat kennt allerdings auch universelle Leistungen, die individuell und unabhängig von Einkommenskonstellationen bezahlt werden. Dazu gehören etwa das 1993 eingeführte → Pflegegeld oder das seit 2002 existierende → Kinderbetreuungsgeld. Bei den angeführten Beispielen handelt es sich um Geldleistungen, die für Pflegearbeit bezahlt werden. Allerdings kann in vielen Regionen Österreichs keine Dienstleistung mit diesem Geld gekauft werden: Es fehlt schlicht an Einrichtungen für Kinderbetreuung bzw. für die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen. Wiewohl Geldleistungen prinzipiell Wahlfreiheit ermöglichen sollen (beispielsweise die Wahl die Pflege selbst zu übernehmen oder diese zuzukaufen), scheitert die Umsetzung häufig an einem unzureichenden Dienstleistungsangebot. Auf Grund der nach wie vor vorherrschenden traditionellen Rollenverteilung und des Faktums, dass Männer schlicht besser verdienen, bleibt den Frauen oft nichts anderes übrig, als – unbezahlt, sozial kaum abgesichert und in ökonomischer Abhängigkeit vom Partner – Pflegearbeiten zu übernehmen.

Wahlfreiheit selten vorhanden

Einkommen aus der Familienarbeit

Eine unzureichende Beteiligung am Erwerbsarbeitsmarkt und eine damit verbundene unzureichende Absicherung durch soziale Transferleistungen zwingt Frauen häufig, sich auf einen dritten Bereich zu verlassen um Einkommen zu generieren: die Familie. Wie bereits anfangs erwähnt, gibt es kaum empirische Zahlen dazu, wie Ressourcen innerhalb eines Haushaltes verteilt werden. Sowohl die Politik, aber auch die Wissenschaft scheuen sich davor, in private Haushalte hineinzuschauen und etwa die Verteilung von Haushaltsressourcen zu analysieren. Einige Studien deuten allerdings darauf hin, dass von einer Gleichverteilung innerhalb eines Haushaltes wohl nicht gesprochen werden kann.⁹ Vielmehr gibt es Hinweise dafür, dass Frauen im Gegensatz zu Männern einen geringeren Anteil am Haushaltseinkommen, aber auch an sonstigen Ressourcen (z.B. an freier Zeit) zur Verfügung haben. Dies wird nicht zuletzt damit begründet, dass Frauen weniger zum Haushaltseinkommen beisteuern ... Im Fall von Konflikten, einer Trennung oder Scheidung kann die ökonomische Abhängigkeit vom Partner dann zur echten Armutsfalle werden.

Verteilung
der Haus-
haltsressour-
cen

Armutsfalle
bei Konflik-
ten

FRAUEN ARBEITEN LÄNGER ALS MÄNNER

In den EU-Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, war die Gesamtzahl der täglichen Arbeitsstunden – d.h. Erwerbsarbeit/Bildung und Hausarbeit – im Allgemeinen für Frauen höher als für Männer, und zwar über eine Stunde mehr in Italien, Slowenien, Estland, Litauen, Spanien und Ungarn. Nur in Großbritannien und in Schweden sind die Arbeitszeiten von Männern und Frauen etwa gleich lang. Am längsten arbeiten Frauen in Litauen und in Slowenien (um die 8 Stunden täglich) und am wenigsten in Deutschland und in Belgien (etwa 6:30 Stunden pro Tag). Frauen wenden mehr Zeit für Hausarbeiten auf als Männer. Das Gegenteil ist der Fall, wenn es um Erwerbsarbeit und Bildung geht.

Frauen und Männer verbringen etwa gleich viel Zeit mit Essen und Körperpflege, und zwar je nach Mitgliedstaat zwischen 2 und 3 Stunden täglich.

In den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, haben Frauen weniger Freizeit als Männer, wobei der Unterschied zwischen 20 Minuten in Schweden und 1:05 Stunden in Slowenien lag. Die meiste Freizeit haben Frauen in Finnland (5:30 Std.) und Deutschland (5:24), am wenigsten in Litauen (3:49).

Die wesentlichen von Frauen ausgeübten Hausarbeiten sind die Zubereitung von Mahlzeiten, Reinigungs- und sonstige Instandhaltungsarbeiten. Im Allgemeinen verbringen Männer mehr Zeit als Frauen mit Gartenarbeiten, Einkäufen und Besorgungen sowie handwerklichen Tätigkeiten und Reparaturarbeiten.

Zeitverwendung von Frauen und Männern im Alter von 20 bis 74 – Stunden und Minuten pro Tag

	Erwerbsarbeit/ Bildung		Hausarbeit		Arbeit insgesamt		Mahlzeiten und Körperpflege		Freizeit	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Belgien	2:07	3:30	4:32	2:38	6:39	6:08	2:43	2:40	4:50	5:22
Deutschland	2:05	3:35	4:11	2:21	6:16	5:56	2:43	2:33	5:24	5:52
Estland	2:33	3:40	5:02	2:48	7:35	6:28	2:08	2:15	4:36	5:28
Spanien	2:26	4:39	4:55	1:37	7:21	6:16	2:33	2:35	4:29	5:17
Frankreich	2:31	4:03	4:30	2:22	7:01	6:25	3:02	3:01	4:08	4:46
Italien	2:06	4:26	5:20	1:35	7:26	6:01	2:53	2:59	4:08	5:08
Lettland	3:41	5:09	3:56	1:50	7:37	6:59	2:10	2:10	4:09	4:48
Litauen	3:41	4:55	4:29	2:09	8:10	7:04	2:22	2:25	3:49	4:50
Ungarn	2:32	3:46	4:58	2:40	7:30	6:26	2:19	2:31	4:38	5:29
Polen	2:29	4:15	4:45	2:22	7:14	6:37	2:29	2:23	4:36	5:25
Slowenien	2:59	4:07	4:58	2:40	7:57	6:47	2:08	2:13	4:29	5:34
Finnland	2:49	4:01	3:56	2:16	6:45	6:17	2:06	2:01	5:30	6:08
Schweden	3:12	4:25	3:42	2:29	6:54	6:54	2:28	2:11	5:04	5:24
Großbritannien	2:33	4:18	4:15	2:18	6:48	6:36	2:16	2:04	5:04	5:32
Norwegen	2:53	4:16	3:47	2:22	6:40	6:38	2:08	2:02	5:51	6:03

Quelle: Eurostat 2006

BESCHÄFTIGUNGSQUOTEN, ARBEITSLOSENQUOTEN, FÜHRUNGSKRÄFTE UND LOHNUNTERSCHIEDE VON FRAUEN UND MÄNNERN

Mit einer Arbeitslosenquote von 9,6 % waren Frauen im Januar 2006 in den EU-25 häufiger ohne Beschäftigung als Männer mit einer Quote von 7,6 %. Die Arbeitslosenquote der Frauen lag dabei zwischen 3,8 % in Irland und 19,1 % in Polen. Nur in Estland, Irland, Lettland, Schweden und Großbritannien gab es anteilmäßig weniger erwerbslose Frauen als Männer.

Die Beschäftigungsquote, also der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, war in allen Mitgliedstaaten für Frauen niedriger als für Männer, nämlich 56 % für Frauen gegenüber 71 % für Männer im zweiten Quartal 2005 in den EU-25. Die Beschäftigungsquote der Frauen lag zwischen 34 % in Malta und 71 % in Dänemark und Schweden.

Im Durchschnitt übten etwa ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen eine Teilzeitbeschäftigung aus, verglichen mit 7 % der Männer. Der Anteil der Frauen, die Teilzeit arbeiten, reichte dabei von weniger als 5 % in der Slowakei zu mehr als 75 % in den Niederlanden.

Fast ein Drittel (32 %) der Manager der EU-25 waren Frauen. Die höchsten Anteile fanden sich in Lettland (44 %), Litauen (43 %) und Estland (38 %), die niedrigsten in Zypern (14 %) und Malta (15 %) sowie in Dänemark (23 %). Das geschlechtsspezifische Lohngefälle⁴ der EU-25 betrug im Jahr 2004 15 %. Das heißt, Frauen verdienten 15 % weniger als Männer. Das Lohngefälle betrug etwa 5 % in Malta, Portugal und Belgien und etwa 25 % in Zypern, Estland und der Slowakei.

	Arbeitslosenquoten, Januar 2006 ¹		Beschäftigungsquoten, Q2 2005 ²		Teilzeitbeschäftigung als Anteil der Gesamtbeschäftigung, Q2 2005 ³		Anteil der weiblichen Manager an den Managern insgesamt, Q2 2005 ³	Geschlechtsspezifisches Lohngefälle, 2004 ⁴
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer		
EU-25	9,6	7,6	56,3	71,2	32,6	7,3	32,1	15 ^e
Belgien	9,7	7,6	54,1	67,7	40,7	7,1	32,9	6
Tschech. Republik	9,6	6,3	56,0	73,3	8,4	2,1	30,3	19
Dänemark	5,0	3,8	70,8	80,1	32,7	12,8	23,0	17
Deutschland	10,2	8,2	59,3	71,1	44,3	7,7	26,4	23
Estland	6,2	6,2	63,5	66,5	10,4	4,9	37,5	24
Griechenland	15,5	6,4	46,2	74,5	9,1	2,1	25,8	10
Spanien	11,0	6,6	51,2	75,0	24,9	4,7	32,3	15
Frankreich	10,1	8,3	57,9	69,0	30,9	5,7	37,1	12
Irland	3,8	4,7	58,0	76,2	24,4	5,0	30,2	11 ^p
Italien	9,7	6,0	45,4	70,2	25,7	4,5	31,9	7 ^p
Zypern	6,4	4,5	58,5	79,5	13,8	5,1	13,6	25
Lettland	7,8	8,5	59,4	66,9	11,6	7,6	44,3	15
Litauen	7,3	6,6	59,2	66,3	8,5	4,6	42,7	16
Luxemburg	7,8	3,8	50,6	72,4	40,2	2,4	26,3	14
Ungarn	7,5	7,0	50,9	63,0	6,1	2,9	34,3	11
Malta	9,8	6,9	33,6	73,5	19,3	4,7	14,5	4
Niederlande	5,0	4,3	66,4	79,9	75,3	22,6	25,6	19
Österreich	5,6	4,9	61,7	75,1	38,7	5,9	27,0	18
Polen	19,1	15,6	46,4	58,2	14,2	7,7	32,5	10
Portugal	8,7	6,9	61,9	73,4	16,6	7,1	34,2	5
Slowenien	6,7	6,1	61,7	70,2	11,0	7,1	32,8	9
Slowakei	16,6	15,2	50,8	64,1	3,9	1,2	31,2	24
Finnland	8,8	7,7	67,4	71,0	18,5	9,1	29,7	20
Schweden	6,3	6,4	70,5	74,6	39,9	11,8	29,8	17
Großbritannien	4,5	5,4	65,8	77,3	43,1	10,6	34,5	22

1 Belgien, Dänemark, Ungarn: Dez. 2005, Großbritannien: Nov. 2005, Griechenland, Italien: Q3 2005, Schweden: März 2005.

2 Beschäftigungsquote für die 15- bis 64-Jährigen, Luxemburg: 2004

3 Anteil der Teilzeitbeschäftigten und Anteil der weiblichen Manager für die Bevölkerung im Alter von mindestens 15 Jahren, Luxemburg: 2004

4 Slowenien: 2002, Finnland: 2003

e geschätzt

p vorläufig

Quelle: Eurostat 2006

Perspektiven zu den Wegen aus der Frauenarmut

Die bislang aufgezeigte Evidenz deutet darauf hin, dass Armut weiblich ist; und das vielleicht in einem stärkeren Ausmaß, als durch die publizierten Armutsgefährdungsarten in Österreich widerspiegelt wird. Die Ursachen für die Benachteiligung von Frauen im Hinblick auf Einkommensressourcen liegen in ihrer Positionierung im Erwerbsarbeitsmarkt, in der sozialen Sicherung, aber auch in privaten Haushalten. Welche Möglichkeiten gibt es nun für Frauen, ihr Einkommensarmutsrisiko zu reduzieren?

Etlche Wege aus der Frauenarmut werden in der Literatur beschrieben bzw. diskutiert.¹⁰ Dazu gehören neben traditionellen Maßnahmen wie einer Frauenförderung (bevorzugte Anstellung von Frauen bei gleicher Qualifikation) Forderungen nach einem Ausbau von qualitativ hochwertigen Kinder- oder Altenbetreuungseinrichtungen oder nach gleicher Entlohnung für gleiche Arbeit. Auch innovative Ansätze wie Gender Mainstreaming oder Gender Budgeting werden als mehr oder weniger taugliche Möglichkeiten zur Reduktion der Benachteiligung von Frauen diskutiert.¹¹ Zusammenfassend lassen sich aus diesen Ansätzen eine kurz- und eine langfristige Perspektive als Weg aus der Frauenarmut ableiten.

Wege aus der Frauenarmut

Kurzfristig bzw. mittelfristig wird den Frauen wohl nichts anderes übrig bleiben, als im herrschenden System (das ist das System eines dominanten Erwerbsarbeitsmarktes und eines am Erwerbsarbeitsmarkt angelehnten sozialen Sicherungssystems) „mitzuspielen“.

Integration ins System

„GANZE MÄNNER MACHEN HALBE-HALBE“

„Natürlich habe er anfangs ‚Angst gehabt, als Mann zu versagen‘“, doch seit er ‚es‘ tue, fühle er sich aber doch als ‚ganzer Mann‘.“

Solche männlichen Bekenntnisse über Hausarbeit im Rahmen der Kampagne „Ganze Männer machen halbe-halbe“ erhitzen im Dezember 1996 die österreichischen Gemüter: Die damalige Frauenministerin Helga Konrad (SPÖ) wollte mit dieser Kampagne via Inseraten, TV- und Kino-Spots ein Bewusstsein für die partnerschaftliche Teilung der Haushaltsführung anregen. Auch gesetzlich sollte die Verteilung der Hausarbeit zwischen Mann und Frau verankert werden, so die Frauenministerin.

Dieser Vorschlag stieß beim damaligen Koalitionspartner ÖVP allerdings auf taube Ohren, im Februar 1997 wurde Helga Konrad von Barbara Prammer (SPÖ) als Frauenministerin abgelöst. Entgegen der geplanten Laufzeit wurde die Kampagne von Prammer aufgrund anderer inhaltlicher Prioritäten gestoppt. „Ganze Männer machen halbe-halbe“ lief drei Monate mit großer öffentlicher Breitenwirkung: Der Bekanntheitsgrad der umstrittenen Kampagne in der Bevölkerung lag bei 86 Prozent, das Thema Hausarbeit wurde zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung.

Die gesetzliche Verankerung der partnerschaftlichen Aufteilung der Hausarbeit wurde erst elf Jahre später verwirklicht: Per Gesetzesnovelle im öster-

reichischen Eherecht sind seit Beginn 2000 alle Ehegatten verpflichtet, „ihre eheliche Lebensgemeinschaft, besonders die Haushaltsführung, die Erwerbstätigkeit, die Leistung des Beistandes und die Obsorge, unter Rücksichtnahme aufeinander und auf das Wohl der Kinder mit dem Ziel voller Ausgewogenheit ihrer Beiträge einvernehmlich“ zu gestalten. (§91 ABGB, JGS Nr. 946/1811 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 125/1999)



© Robert Newald 1999

Wien, Donauinselfest 1999, Männer mit Kinderwägen sind noch immer ein seltenes Bild in der Öffentlichkeit. Die Kinderbetreuungsarbeit wird nach wie vor weitgehend von Frauen ausgeübt.

Quellen: http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=908,453902&_dad=portal&_schema=PORTAL, <http://www.ris.bka.gv.at/bundesrecht/>, www.frauen.spoe.at, <http://derstandard.at/druck/?id=2617944>, <http://www.nachrichten.at/archiv> (alle Sites Zugriffdatum 02.11.2006)

**Geringere
Geburten-
raten**

**Durchbrechen
des andro-
zentrischen
Weltbildes**

**Neue
Arbeitsteilung
notwendig**

Vor allem die Integration in den und im Erwerbsarbeitsmarkt (das bedeutet eine gut bezahlte, möglichst ununterbrochene vollzeitbeschäftigte Tätigkeit) ermöglicht es den Frauen, eigene Einkommensressourcen zu generieren. Eigenes Einkommen bedeutet eine geringere ökonomische Abhängigkeit von der Familie bzw. dem männlichen Partner. Dies könnte nicht zuletzt einen entscheidenden Einfluss auf die Rolle der Frauen innerhalb eines Haushaltes haben. Die geringer werdenden Fertilitätsraten vor allem in jenen Staaten, in denen die traditionelle Arbeitsverteilung zwischen männlicher Erwerbsarbeit und weiblicher Pflegearbeit vorherrscht,¹² deuten darauf hin, dass dieser Weg zur ökonomischen Unabhängigkeit gegenwärtig tatsächlich von etlichen Frauen eingeschlagen wird. Längerfristig betrachtet müsste es ein Anliegen sein, das Gesellschaftssystem an sich zu verändern. Dazu gehört vor allem auch eine Beeinflussung derzeit vorherrschender normativer Werte. Das androzentrische Weltbild, das sich beispielsweise in der sozialen Sicherung vor allem um die männliche Lebensnorm dreht und die weibliche Realität als das „andere“ darstellt, muss durchbrochen werden.¹³ Dazu gehört, die gegenwärtige Erwerbsarbeit als nur eine Form vieler anderer Arbeitsformen (ehrenamtliche Arbeit, Betreuungsarbeit etc.) anzuerkennen; und zwar im Hinblick sowohl auf die Bezahlung als auch auf die Integration in das soziale Sicherungssystem. Auch die traditionelle Arbeitsteilung (den Männern die Erwerbsarbeit, den Frauen die Pflegearbeit und bestenfalls einen Zuverdienst) müsste durchbrochen werden. Eine Reformierung des Systems in diese Richtung kann allerdings nicht den Frauen überlassen werden, die zu den Armutsgefährdeten in unserer Gesellschaft zählen.¹⁴ Es sind die nicht betroffenen Frauen und Männer, die ihre Ressourcen und ihren Einfluss dahingehend verwenden sollten, die Gesellschaft und die gesellschaftlichen Werte so zu verändern, dass Einkommensarmut nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen effektiv und nachhaltig bekämpft werden kann.

Karin Heitzmann, Dr.

Magisterstudium der Handelswissenschaften in Wien und Omaha, USA; Masterstudium der Europäischen Sozialpolitik in Bath, England, und Maynooth, Irland; Doktoratsstudium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Wien; Assistenzprofessorin am Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien.

- 1 Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen: Ergebnisse aus EU-SILC 2004. Wien 2006.
- 2 Atkinson, A. B./Cantillon, B./Marlier, E./Nolan, B.: Social Indicators: The EU and Social Inclusion. Oxford 2002.
- 3 De Vos, K./Zaidi, M. A.: Equivalence Scale Sensitivity of Poverty Statistics for the Member States of the European Community (Review of Income and Wealth, 43/3) 1997, S. 319–333.
- 4 Middleton, S./Ashworth, K./Braithwaite, I.: Small Fortunes: Spending on Children, Childhood Poverty and Parental Sacrifice. York 1997; Sen, A. K.: Poverty and Famines. Oxford 1981.
- 5 Eurostat: Eurostat Database 2006 (<http://epp.eurostat.cec.eu.int>).
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.; Leitner, A.: Gender Mainstreaming als erfolgreiche Strategie für Einkommensgleichheit von Frauen und Männern?, in: Heitzmann, K./Schmidt, A. (Hrsg.): Wege aus der Frauenarmut. Frankfurt am Main 2004, S. 35–58, S. 42
- 8 Z.B.: Badelt, C./Österle, A.: Grundzüge der Sozialpolitik: Sozialpolitik in Österreich – Spezieller Teil. Wien 2001.
- 9 Middleton/Ashworth/Braithwaite, Small Fortunes; Sen, Poverty and Famines.
- 10 Z.B. in: Heitzmann, K./Schmidt, A. (Hrsg.): Frauenarmut: Hintergründe, Facetten, Perspektiven. Frankfurt am Main 2002.
- 11 Siehe dazu z.B.: Gubitzer, L./Schunter-Kleemann, S. (Hrsg.): Gender-Mainstreaming: Durchbruch der Frauenpolitik oder deren Ende? Frankfurt am Main 2006; sowie Gubitzer, L./Trukeschitz, B. (Hrsg.): Frauen und Budget. Frankfurt am Main 2004.
- 12 Z.B.: Castles, F. G.: The Future of the Welfare State. Crisis Myths and Crisis Realities. Oxford 2004.
- 13 Moser, M.: „Eine zweite Kopernikanische Wende“: Die Care-Perspektive als Alternative, in: Heitzmann/Schmidt, Wege aus der Frauenarmut, S. 213–226.
- 14 Appel, M.: Politisierung von Frauen als Strategie gegen Frauenarmut, in: Heitzmann/Schmidt, Wege aus der Frauenarmut, S. 191–212.